

Wortprotokoll meiner Rede zum Thema Fusion Altenheime und Amb. Altenpflege der Diakonie - Stadtverordnetenversammlung am 24.07.2014

Stv. Gassmann:

„Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Nach so viel lobenden Worten müssen wir als LINKE aber auch auf Dinge aufmerksam machen, die uns bedrücken, die uns belasten. Wir haben einige Vorbehalte, was diese Fusion angeht und haben auch einige Befürchtungen. Die möchte ich Ihnen zum Ausdruck bringen, deswegen lassen Sie mich sagen, ein wesentliches Kriterium für uns ist, dass wir die mit dieser Fusion einhergehenden Verschlechterungen bei den Tarifverträgen kritisieren.

Wir kritisieren, dass an die Stelle des Verdi-Tarifvertrages der Tarifvertrag der Diakonie treten wird. Davon sind alle bisher Beschäftigten betroffen, nicht nur neu eingetretene Beschäftigte. Auch wenn wir hier eine Besitzstandswahrung vorweisen können, auch dann muss gesagt sein, dass auch trotz allem diese Besitzstandswahrung auch nur eine vorübergehende Wirkung entfaltet. Letzten Endes kann sie auch umgangen werden und bisher Beschäftigte, die ihre Arbeitszeit aufstocken wollen, geraten dann auch in den neuen Tarifvertrag. Also wir sehen hier schon deutliche Einbußen durch Verschlechterung bei den Tariflöhnen.

Wir befürchten weiter auch eine deutliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Lassen Sie mich das ausführen. Wir befürchten durch diese neue Kooperation, durch das Ziel, auch Einsparungen vorzunehmen, vornehmen zu müssen, um mit privaten Anbietern mithalten zu können, befürchten wir, dass es künftig deutlich mehr Teilzeitverträge geben wird, deutlich mehr befristete Arbeitsverträge geben wird.

Solche prekären Arbeitsverhältnisse gibt es schon heute in weiten Bereichen der Altenpflege. Besonders die Pflegerinnen und Pfleger leiden heute schon darunter. Zum Teil müssen diese ihre Verträge immer wieder aufs Neue verlängern lassen, zum Teil müssen sie mehrere Stellen annehmen, um überhaupt über die Runden zu kommen, nur weil es sich hier um Teilzeitbeschäftigungen / stundenweise Beschäftigungen, handelt.

Wir befürchten, dass die Arbeitszeiten, die Arbeitsplätze, die Arbeitsplatzzeiten immer weiter zerstückelt werden. Wir befürchten, dass Regelarbeitsplätze oder Vollzeitarbeitsplätze zur Ausnahme werden. Flexibilität bei Arbeitszeit und Arbeitsplatz, die auf Freiwilligkeit aufbaut, könnte im Grunde sehr gut positiv wirken. Aber wir sehen in der Praxis erhebliche Risiken auf die Beschäftigten zukommen.

Wir befürchten, diese Flexibilität wird auch als Druckmittel auf die Arbeitnehmer verwendet. Diese Gefahr sehen wir. Junge Beschäftigte, vielleicht mit einem kleinen Kind und mit einem voll erwerbstätigen Lebenspartner, für die könnte Flexibilität in diesem Sinne durchaus auch Chancen bieten. Keine Frage. Aber Alleinverdiener oder Ältere, die nicht mehr so leistungsfähig sind, für diese wird diese geforderte Flexibilität teilweise unerträglich, es wird eine unerträgliche Belastung, und teilweise empfinden Ältere und Leistungsschwächere diese Anforderung auch als Schikane, die empfinden das auch als Schikane.

Ich mache es kurz.

Ich komme noch zu einem weiteren Problem, das ich auch sehe. Das wäre dann das dritte Problem. Das ist das Ausgliedern von Aufgabenbereichen, Outsourcing. Wir haben das ja jetzt bereits durch

diese „Wie Gewohnt gGmbH“, einer Gesellschaft nach privatem Recht, die mit sehr niedrigen Löhnen arbeitet, das muss einfach gesagt werden und wir befürchten, dass diese Institution gefestigt wird in ihrem Bestand. Wir befürchten, dass weitere Bereiche ausgelagert werden.

Alles zusammen sind wir der Überzeugung, die öffentlichen Träger Oder ich will es anders sagen: Herr Brill brachte vorhin das Wort „Realitätsverweigerung“ ins Spiel, ich weiß nicht, Sie nennen das Realitätsverweigerung, ist ja schön und gut. Ich sehe das anders. Ich sehe hier Risiken, und ich sehe die Verantwortung, die wir haben, diese Risiken auch zu benennen und auch entsprechend politisch zu entscheiden. Das gilt sowohl bei der Straßenbeitragsatzung, das gilt aber auch in diesem Bereich. Wir wollen Probleme benennen, wir wollen Probleme aufzeigen und wollen dann auch eine politische Stimme dazu abgeben. Sowohl bei den Straßenbeiträgen, als auch bei diesem Thema.

Und deswegen: wir erkennen den Kostendruck in der Altenpflege. Natürlich erkennen wir den, wir sehen den. Gerade im Personalbereich. Aber die privaten und auch karitative Einrichtungen unterbieten derzeit die öffentlichen Einrichtungen, sowohl was die Arbeitsbedingungen angeht, als auch was die Löhne angeht. Die Privaten und die Karitativen unterbieten die öffentlichen Einrichtungen, was Löhne und Arbeitsbedingungen angeht. Das sehen wir auch, das erkennen wir auch. Und wir erkennen auch die Not, die daraus resultiert und die möglichen Defizite, die auf die Kommunen zukommen, erkennen wir auch. Trotzdem behaupten wir, trotzdem stehen wir auf dem Standpunkt, dass die Öffentlichen ihren Weg konsequent weitergehen müssen, und die Privaten müssen sich bewegen. Die Privaten müssen dahin kommen, dass sie bessere Löhne bezahlen, bessere Arbeitsbedingungen schaffen. Und nicht umgekehrt. Wir dürfen uns nicht auf die Privaten zubewegen, sondern die Privaten müssen wir dazu drängen, dass sie sich auf die Öffentlichen zubewegen.“

Stv.-V. Montag:

„Ich bitte um Ruhe. Herr Gassmann, Sie haben jetzt die Punkte mehrfach erwähnt. Wir wissen ja, was Sie wollen. Nur haben Sie nicht gesagt, was hinten bei raus kommt.“

Stv. Gassmann:

Ein Wort noch. Ein Satz. Und deswegen werden wir nach dem von uns verstandenen Interesse der Beschäftigten, aber auch im Interesse der Betreuten dieser Fusion in dieser Form nicht zustimmen. Unsere Bedenken dagegen sind zu groß. Dankeschön.“